Linkes Echo

In dieser Ausgabe:

Die Bundesgartenschau ist eröffnet	Seite 3
Gedanken zum 1. Mai, dem Tag der Arbeit	Seite 7
Was war die DDR? - Das war die DDR!	Seite 13

Infoblatt der Partei DIE LINKE. im Ilm-Kreis **28. Jahrgang, Mai 2021** **Preis: Spende**

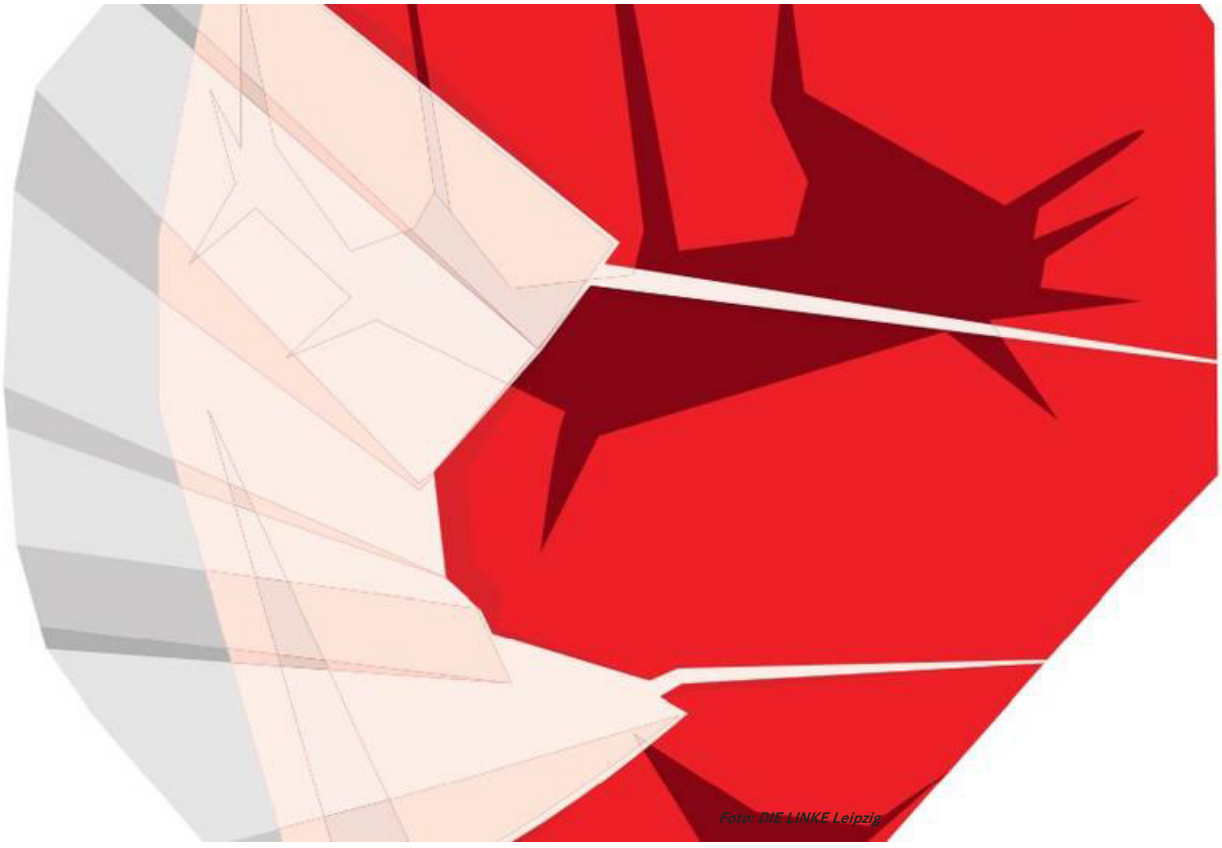


Foto: DIE LINKE Leipzig

So gesehen...

...beginnt Veränderung mit Opposition. Normalerweise. Auf diesem Standpunkt steht die Partei DIE LINKE seit mehr als 30 Jahren. Angefangen als PDS, PDS.Linkspartei, WASG.Linkspartei hat die Partei keine Zweifel aufkommen lassen, dass sie die Interessen der Menschen vertritt, die über keine Lobby im Bundestag verfügen. Zum Beispiel ostdeutsche Menschen. Genossinnen und Genossen setzen sich für sozial benachteiligte Menschen, für Schwache, Alte, Kranke und auch Randgruppen ein. Sie kämpfen gegen die Militarisierung der Gesellschaft, für Solidarität, für Frieden und Gleichberechtigung. Gegen Diskriminierung, Unterdrückung und einen wiederaufstrebenden Faschismus. Unermüdlich. Sie setzen sich ein für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie kämpfen, als eine der ersten bundesdeutschen Parteien überhaupt, für einen unterhaltssichernden Mindestlohn. DIE LINKE ist eine solidarische Partei. So wurde sie in der Vergangenheit sehr stark wahrgenommen und durch stabile Wahlergebnisse auf ihrem Weg unterstützt.

Seit die Partei damit liebäugelt, im Bund in eine Regierung mit der SPD und der Partei B90/die Grünen einzutreten, drehen sich einige Räder etwas anders. Plötzlich ist es nicht mehr möglich, gezielt Opposition zu betreiben. Plötzlich regiert DIE LINKE ein ganzes Bundesland und für die Mitglieder beginnt ein Tanz auf Messers Schneide. Wie viel Systemkritik kann von der Basis wirksam nach „oben" gelangen wenn dort „oben" ein Genosse sitzt und regiert. Regiert in einem Bündnis r2g. Unter einer Konstellation, die immer das Wohlwollen des einstigen politischen Gegner braucht, um große Gesetzesvorhaben durchzubringen.

Martin Gross[1] sagt dazu: „Eine Minderheitskoalition muss mehr mit der Opposition aushandeln. Damit gibt es ein größeres Machtpotenzial für die Oppositionsparteien, die - wenn man so will - die Regierung vor sich hertreiben können, indem sie die Zustimmung verweigern. Es kann auch zu Konflikten innerhalb der Regierung kommen, wenn ein Koalitionspartner eine Oppositionspartei anspricht, die ihr nahesteht, aber die anderen Regierungsparteien keinen Kompromiss mit dieser Partei schließen möchten." Das trifft den Kern des Problems. Mühelos lässt sich aus dieser Konstellation ableiten, in welchem Dilemma die Regierung steckt. Wenn sich die FDP und CDU einig sind, treiben sie die Regierung vor sich her.

Hier bleibt nicht wirklich Raum für Gestaltung. Konkrete linke Projekte werden, wenn überhaupt noch, nur zögerlich angegangen bzw. umgesetzt. Ein Beispiel dafür ist die Gebietsreform für Thüringen. Diese ist immer noch nicht zur Gänze vollzogen und die alten Strukturen bremsen immer noch eine zügige Entwicklung hin zur überfälligen Straffung der Verwaltung. Für die Regierung wird es sehr schwer, sich mit lohnenden Projekten in Stellung zu bringen und damit einen gewissen Eindruck bei den Wählerinnen und Wählern zu hinterlassen. Das schlägt sich auch in den Umfragewerten nieder. Während DIE LINKE. relativ stabil bei 30% abschneidet sinken die Werte von den r2g Partnern immer weiter. Im Moment gibt es noch eine hauchdünne Mehrheit für r2g. Der Aufwärtstrend im Bund für die Grünen schlägt in Thüringen nicht durch. R2g muss sich drehen, um bis zum September noch ein plausibles Konzept auf den Tisch zu legen, um wieder mit einer Rot/rot/grünen Regierung dabei zu sein. Die durch die Krise gebeutelten Menschen wollen Ergebnisse sehen, sie wollen wirklichen Fortschritt spüren, abrechenbare Ergebnisse erhalten, sonst wählen sie die Mitbewerber, wenn sie denn überhaupt noch mitwählen. Auch die Genossinnen und Genossen an unserer Basis sind Menschen, die durch die Krise betroffen sind. Auch diese Menschen erhoffen sich Veränderungen auf einem spürbaren Niveau. Es gibt genug Baustellen, Räder die gedreht werden könnten. Senkung der Energiepreise, Entwicklung einer neugedachten, sozial verträglichen Mobilität, eine funktionierende Digitalisierung des Lebens, allem voran in der Bildung und im Gesundheitswesen. Das Erreichte, wie z. B. kostenlose Kindergartenjahre sind spürbare Ergebnisse, aber leider werden die allzu oft wieder von der Wählerschaft vergessen und bei der nächsten Wahl nicht honoriert.

Bleibt zu hoffen, dass noch der ein oder andere große Wurf aus der Staatskanzlei in Erfurt erfolgt und Menschen dazu animiert, DIE LINKE zu wählen und weiter in Regierungsverantwortung zu lassen. Ob die Strategie im Bund richtig gewählt wurde zeigt sich in Thüringen am selben Tag. Wie schafft es der Landesverband auf der einen Seite für eine stabile Regierung in Thüringen genug Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren und gleichzeitig davon zu überzeugen, die Stimme auch im Bund der LINKEN zu geben?

Alle sind gespannt.

Mama

[1] *Der Politikwissenschaftler Martin Gross forscht an der Ludwig-Maximilians-Universität München zum Parteienwettbewerb und hat über Koalitionsbildungen promoviert.*

Inhalt:

So gesehen…	Seite 2
Gedanken zum 8. Mai 1945 – 2021	Seite 3
Die Bundesgartenschau ist eröffnet	Seite 4
Aus dem Kreisvorstand - aus dem Kreiswahlbüro	Seite 5
Der Kreisschatzmeister informiert ! Mitgliedsbeitrag zur Europäischen Linkspartei	Seite 6
Gedanken zum 1.Mai, dem Tag der Arbeit	Seite 7
Wir helfen beim Impftermin!	Seite 9
Neues aus dem Landesvorstand - Neues aus dem Landtag	Seite 10
Kandidaturen für den Landtag	Seite 11
Kandidatur für den Bundestag	Seite 12
Was war die DDR? - Das war die DDR!	Seite 13

Piskarjowskoje-Gedenkfriedhof , Gemeinfrei, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=2554560

Gedanken zum 8. Mai 1945 – 2021

Am 8. Mai 1945 endete in Europa der 2. Weltkrieg mit der Unterzeichnung der Urkunde zur bedingungslosen Kapitulation durch die militärischen Vertreter Hitlerdeutschlands vor den Oberbefehlshabern der Alliierten Streitkräfte in Berlin, der Stadt von der der Krieg am 1. September 1939 seinen Ausgang nahm.

Seither sind Jahrzehnte vergangen. Die Hoffnung auf eine friedliche Welt hat sich in diesen Jahrzehnten nicht erfüllt. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein aktiver Teil des aggressiven Militärbündnisses (NATO). Wer hätte im Angesicht der zerstörten Städte und Dörfer, im Angesichts von Millionen Toten in den europäischen Ländern, die die Hitler-Wehrmacht mit Krieg überzogen hatte, heute die Frage der Sicherung des Friedens, der Verhinderung eines neuen Krieges zum Alltag geworden ist.

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute ein hochgerüstetes Land. Sie ist Exporteur von Kriegswaffen und –gerät, weltweit damit an der Spitze. Rüstungsfabrikanten verdienen schon immer damit riesige Profite.

Die Generation, die die Leiden des Krieges ertragen musste, ob als Soldat mit der Waffe in der Hand, oder in den Bombenächten in ihren Häusern, ist heute bereits ausgestorben, sie stehen als unmittelbare Zeitzeugen für die heute lebenden Generationen kaum noch zur Verfügung.

Opfer werden zu Tätern gemacht. Denkmale, Gedenkstätten und Friedhöfe erinnern an die Brandstätten dieses Vernichtungskrieges, der von Deutschland ausging. Es gibt ganze Bibliotheken in denen Schriftsteller, Militärs aber auch Kinder über diese Jahre berichten. Wie werden diese Bücher von der heutigen jungen Generation gelesen, was ist davon heute Schulstoff?

Historiker oder solche, die es sein wollen, streiten heute über die Frage, wer trug die Hauptlast dieses Krieges bei der militärischen Zerschlagung des faschistischen Deutschlands. Eingangs bereits erwähnt: Der Krieg endete in jener Stadt, von dem er seinen Ausgang nahm, in den Trümmern von Berlin.

Wenn es um das Erinnern und Mahnen geht, so finden wir auf dem Friedhof in Arnstadt z. B. das Gräberfeld für die verstorbenen Kinder der ausländischen Zwangsarbeiterinnen, die in den Arnstädter Rüstungsbetrieben für den faschistischen Krieg schuften mussten. Auf der Espenfelder Höhe findet sich das Ehrenmal für die sowjetischen Kriegsgefangenen, die ihren Tod im Außenlager SIII des KZ Buchenwald fanden.

Auch die 11 Stelen im Kreis Arnstadt für die auf dem Todesmarsch vom April 1945 ermordeten, erinnern an die Verbrechen, von Menschen, an Menschen begangen.

All das, endet mit diesem 8. Mai 1945, der bedingungslosen Kapitulation der faschistischen Wehrmacht vor den Alliierten Streitkräften in Berlin-Karlshorst.

Es ist nicht Vergangenheit. Damit so etwas nie wieder geschieht, bedarf es der ständigen Erinnerung und Mahnung, auch und besonders durch die nachwachsenden Generationen.

„Nichts und niemand ist Vergessen“

Worte von Olga Bergholz, die wir in Stein gemeißelt auf dem Leningrader (heute Petersburg) Heldenfriedhof finden. Für den heutigen und morgigen Tag.

Jochen Traut

Die Bundesgartenschau ist eröffnet

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Erfurt nicht ohne Grund den Beinamen "Gartenstadt" hat. Bereits im Mittelalter gewann man aus Waid ein beliebtes Färbemittel. 1865 fand in Erfurt die "Allgemeine deutsche Ausstellung von Produkten des Land- und Gartenbaus" statt, viele Schauen und Ausstellungen folgten.

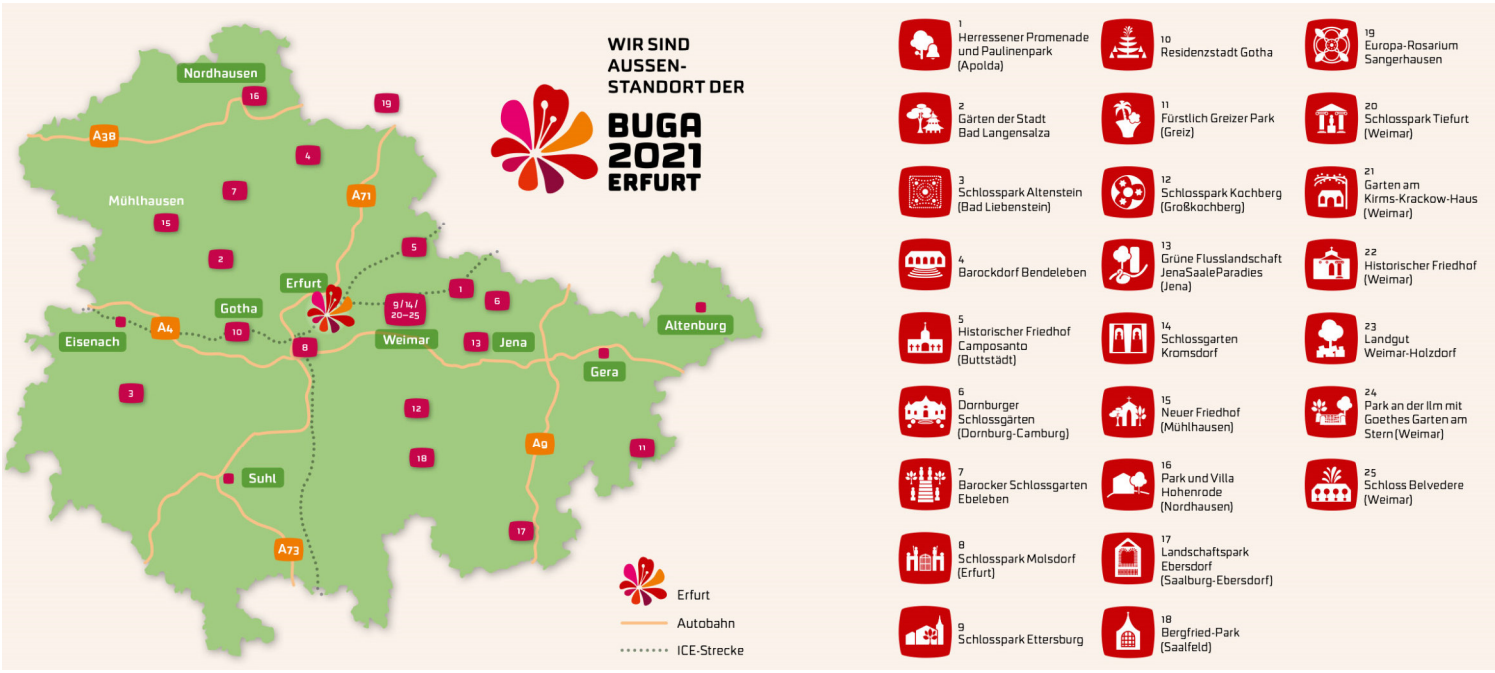
Nach den beiden Weltkriegen konnte man an die Gartenbautradition anknüpfen. Ein wichtiger Meilenstein war die Gartenschau "Erfurt blüht" 1950 an der Cyriaksburg. Aufgrund des Erfolges dieser Gartenschau und dem Wunsch vieler Erfurter Bürgerinnen und Bürger beschloss der Rat der Stadt, dieses Gelände als Dauerschau unter dem Namen "IGA" zu unterhalten. 1951 – vor fast genau 60 Jahren, wurde die "Internationale Gartenbauausstellung der sozialistischen Länder" eröffnet.

In der Zeit der politischen Wende wurde die Entscheidung getroffen, Teile des ehemaligen IGA-Geländes für die neuen Standorte der Erfurter Messe und den Sitz des mdr zu nutzen. Große Teile des Ausstellungsgeländes konnten zum Glück erhalten werden. Die Erfurter Gartenausstellung – ega – wurde 1990 gegründet.

2011, vor nunmehr zehn Jahren, wurde begonnen, die Bundesgartenschau – BUGA – in die Stadt und nach Thüringen zu holen. Von Beginn an wurde Wert darauf gelegt, das Gelände der ega, den Petersberg aber auch Teile des Erfurter Nordens in das zukünftige Gelände der BUGA zu integrieren und so auch Motor für die Stadtentwicklung zu sein. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt wurde diese Entscheidung vorbereitet. Gemeinsames Ziel war von Anfang an, das Leben der Erfurterinnen und Erfurter durch die Entstehung des größten Thüringer Landschaftsparks dauerhaft aufzuwerten. Ein rund 4,5 Kilometer langes und 60 Hektar großes grünes Band, die Geraaue, wird zukünftig das Stadtbild prägen und die historische Altstadt mit den Großwohnsiedlungen in den nördlichen Stadtgebieten räumlich und sozial verbinden. Der Anteil an Grünflächen wurde deutlich erhöht. Von Bereichen zum Sitzen und Liegen über Sport- und Spielangebote bis hin zu einem Teich am Moskauer Platz enstanden Räume zum Entspannen und Aktivwerden entlang der Gera.

Auch im egapark und auf dem Petersberg bleiben viele Veränderungen über die BUGA 2021 hinaus bestehen. Beide Bereiche laden Erfurterinnen und Erfurter sowie ihre Gäste dazu ein, die Stadt neu zu entdecken. Jede und Jeder kann sich davon überzeugen, dass die investierten mehr als 150 Millionen Euro gut angelegt wurden und nachhaltig wirken werden. Dazu tragen auch die 25 Außenstandorte der BUGA bei. Ich hoffe sehr darauf, dass die Erfurterinnen und Erfurter diese Gartenschau als IHRE betrachten werden und die Maßnahmen zur Stadtentwicklung über Jahre hinweg erhalten bleiben. Ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall.

Anke Hofmann-Domke



Aus dem Kreisvorstand

Der Kreisvorstand tagte am 21.04. (nach der Sitzung des Kreiswahlbüros) als Telefonkonferenz. Da die anwesenden Kreisvorstandsmitglieder auch an der vorherigen Beratung des Kreiswahlbüros teilgenommen hatten, konnte der TOP „Bericht aus dem Kreiswahlbüro“ entfallen.

Im 1. TOP begründete Genossin Cornelia Wanderer ihre Bewerbung als Direktkandidatin für den Bundestagswahlkreis 192 Gotha-Ilmkreis und ihre Bewerbung für einen Listenplatz auf der Landesliste zur Bundestagswahl. Der Kreisvorstand begrüßte einmütig die Kandidatur von Conny und sicherte ihr volle Unterstützung im Wahlkampf zu.

Der Kreisvorstand beriet im TOP 2 ausführlich zur Vorbereitung unserer Kreismitgliederversammlung am 10.05., 18 Uhr im Ilmenauer Parkcafé:

- Die vorläufige Tagesordnung wurde beschlossen.
- Das in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt des Ilmkreises erarbeitete Hygienekonzept wurde besprochen und beschlossen, es allen Mitgliedern mit der Einladung zu übermitteln.
- Es erfolgte eine Vorberatung über mögliche Kandidaturen für die auf der Mitgliederversammlung zu wählenden Vertreter*innen unseres Kreisverbandes für die anstehenden Vertreterversammlungen.
- Die Entwürfe der Geschäfts- und der Wahlordnung wurden bestätigt.

Im TOP 3 Sonstiges/Termine nahm der Kreisvorstand zunächst eine Information der Kreisvorsitzenden zum Rückzug der Genossin Katrin Braun als Mitglied des Kreisvorstandes entgegen.

Im Weiteren informierte der Kreisschatzmeister über die Situation bei den Einnahmen des Kreisverbandes im 1. Quartal:

- Bei den Mitgliedsbeiträgen ergibt sich per 31.03. ein Plus von 1.720,- € zum anteiligen Jahresplan. Ein Plus im 1. Quartal ist jedes Jahr feststellbar; es relativiert sich jedoch im Laufe des Jahres.
- Bei den Spenden und Mandatsträgerbeiträgen fehlen 96,- € bzw. 183,- € zum anteiligen Jahresplan.
- Der Geldbestand des Kreisverbandes belief sich per 21.04. auf 11.740,- €.

Der Kreisschatzmeister informierte die Kreisvorstandsmitglieder über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses des Genossen Karl-Heinz Mitzschke zum 31.03. und die Anpassung des Stundenlohnes des Genossen Rolf Büttner ab 01.04.

Die Kreisvorsitzende informierte den Kreisvorstand, dass in Absprache mit dem Kreisvorstand Gotha Gen. Häßner, neben seiner Funktion als Kreiswahlleiter unseres Kreisverbandes, auch als Wahlleiter für den gesamten Wahlkreis 192 Ilm-Kreis-Gotha fungieren wird.

Die nächste Sitzung des Kreisvorstandes wurde für Mittwoch, 19.05., 18 Uhr einberufen (voraussichtlich als Telefonkonferenz).

Klaus Häßner

Aus dem Kreiswahlbüro

Das Kreiswahlbüro traf sich per Telefonkonferenz am 21.04. zu seiner planmäßigen Beratung. Durch den Kreiswahlleiter erfolgten in Auswertung der Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz des Parteivorstandes sowie der Beratung des Landeswahlbüros mit den Kreiswahlleitern Informationen zu folgenden Punkten:

1. Fünf **inhaltliche Schwerpunkte** unserer Partei im Bundestagswahlkampf:

- Für ein solidarisches Gesundheitssystem in öffentlicher Hand
- Einführung einer Vermögensabgabe
- Verbot von Waffenexporten
- Für gute und sichere Arbeit (13,- € Mindestlohn, Verbot von Leiharbeit)
- Verhinderung der ökologischen Katastrophe (Für eine echte Verkehrswende, Stärkung des ÖPNV

2. Hauptmittel im Wahlkampf sollen **Haus- und Wohnungstürgespräche** mit den Wählern sein.

Dazu erklärten sich Donata Vogtschmidt und Christian Schaft bereit, entsprechende Konzeptionen und Handlungsanleitungen zu erarbeiten.

3. Der Parteivorstand ruft auf, sich an der **Diskussion zu unserem Wahlprogramm** zu beteiligen. Die Kurzform des Entwurfes des Bundestagswahlprogrammes findet ihr hier:
https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogrammdebatte-2021/wahlprogrammentwurf-2021/

Eine Onlinediskussion zum Programmentwurf mit Susanne Henning-Welsow findet am 07.05., 17 Uhr statt. Wir werden die Zugangsdaten über unseren Mailverteiler bekannt geben.

4. Wahlkampfmittel:

Wir werden im Ilmkreis ca. 1.500 Plakate aufhängen. Wir rufen jetzt schon dazu auf, sich dafür zur Verfügung zu stellen.
Wir haben für unseren Kreis 30.000 Wahlzeitungen vorbestellt. Von Ende August bis Mitte September benötigen wir für die Verteilung in die Briefkästen viele Hände!

5. Aktivierungsformular:

Der Einladung zu unserer Kreismitgliederversammlung haben wir ein „Aktivierungsformular“ beigelegt, in das man sich eintragen kann, bei welchen Aktionen im Wahlkampf man sich beteiligen möchte. Bitte macht davon Gebrauch und sendet es an die angegebenen Adressen zurück oder gebt es dort ab!

6. Zu unserer Kreismitgliederversammlung wollen wir den Auftakt für unsere **Wahlkampfspendenaktion** starten. Im Verlaufe der Monate Mai und Juni werden wir alle Mitglieder und uns bekannte Sympathisant*Innen anschreiben und sie um eine Spende für unseren Wahlkampf bitten.

7. Wichtige Termine in Vorbereitung der Wahlen:

- 10.05., 18 Uhr, Ilmenau, Parkcafé: **Kreismitgliederversammlung**
- 02.06., 18 Uhr, Gotha, Hotel „Der Lindenhof“: **Vertreterversammlung Wahlkreis 192 GTH-IK**, Wahl eines/r Direktkandidaten/-in für den Bundestag, 19 Vertreter*Innen aus unserem Kreisverband
- 05.06., 09 Uhr, Seebach: **Landesvertreter*Innenversammlung** zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl, 6 Vertreter*Innen aus unserem Kreisverband (Wahl auf der MVS am 10.05.)
- 20.06., Berlin (oder Online): **Bundesparteitag** zum Beschluss des Bundestagswahlprogrammes, Delegierte unseres Kreisverbandes: Melanie Tippel, Jochen Traut
- 26./27.06., Sömmerda: **Landesparteitag** zum Beschluss des Landtags-

wahlprogrammes,

- Unsere Delegierten: Anke Hofmann-Domke, Cordula Giewald, Heidrun Krebs, Thomas Schneider, Lutz Kellermann, Nick Faulwetter
- Voraussichtlich 19. oder 20. 07.: **Geplante Auflösung des Thüringer Landtages** als Voraussetzung für die Durchführung der Landtagswahl
- 24.07., 10 Uhr, Elgersburg, Hotel „Am Wald“: **Kreismitgliederversammlung** zur Wahl von 6 Vertreter*Innen unseres Kreisverbandes zur Landesvertreter*Innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl und Wahl von Delegierten für den 8. Landesparteitag sowie getrennte **Wahlkreisversammlungen** für den nördlichen und südlichen Ilm-Kreis zur Wahl der Direktkandidat*Innen für die Landtagswahl
- 07./08.08., Sömmerda: Landesvertreter*Innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl, 6 Vertreter*innen aus unserem Kreisverband (Wahl auf der MVS am 24.07.)
- 27./28.11.: 1. Tagung des 8. Landesparteitages zur Wahl des neuen Landesvorstandes

Die nächste Beratung des Kreiswahlbüros ist für Mittwoch, 19.05., 16.30 Uhr geplant (voraussichtlich wieder als Telefonkonferenz).

Klaus Häßner
Leiter des Kreiswahlbüros

Der Kreisschatzmeister informiert !

Mitgliedsbeitrag zur Europäischen Linkspartei

Wir Mitglieder der Partei DIE LINKE sind gemäß unserer Parteisatzung gleichzeitig Mitglieder der Europäischen Linkspartei. Im Monat Mai kassieren wir - wie jedes Jahr - den Beitrag zur Europäischen Linkspartei (EL). Laut Bundesfinanzordnung beträgt die Höhe dieses Beitrags für jedes Mitglied mindestens sechs Euro pro Jahr. Mitglieder mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 700 Euro sind von der Zahlung des EL-Beitrages befreit. Natürlich können sie trotzdem diesen Beitrag leisten, wenn sie es möchten. Auch Sympathisanten, die nicht Mitglieder der LINKEN sind, können Spenden an die EL entrichten. Die eingezahlten EL-Beiträge werden zu 100% dem Pateivorstand der Partei DIE LINKE zur Weiterleitung an die Europäische Linkspartei übergeben.

2020 haben wir als Kreisverband 1.565,- Euro EL-Beiträge an die Europäische Linke übergeben. Damit haben wir unser Planziel von 1.260,- Euro um 24,2% übertroffen.

Der Kreisvorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern, die mit ihrem Beitrag zu diesem Ergebnis beigetragen haben! Besonders würdigenswert ist, dass etliche GenossInnen freiwillig mehr als die satzungsmäßigen 6,- € entrichteten. Andere zahlten freiwillig EL-Beitrag, obwohl sie über weniger als 700 Euro Monatsnetto verfügen. Auch dafür herzlichen Dank! Dennoch kamen auch 2020 eine ganze Reihe unserer Mitglieder mit entsprechendem Monatsnettoeinkommen ihrer Beitragspflicht nicht nach. Das sollten wir 2021 unbedingt ändern. Da Mitgliedsbeiträge bei uns kaum noch bar abgerechnet werden, sollte auch die EL-Beitragsentrichtung möglichst im Lastschrift-Einzugsverfahren erfolgen. Diese Form der Zahlung nutzen bereits 127 Mitglieder. Ich bitte alle Mitglieder unserer Partei, die dem Kreisvorstand noch kein entsprechendes SEPA-Lastschriftmandat erteilt haben, dies noch nachzuholen. Entsprechende Formulare können in unserer Geschäftsstelle oder bei mir persönlich angefordert werden.

Der Kreisvorstand appelliert an alle Mitglieder, auch mit ihrem finanziellen Beitrag die Europäische Linkspartei weiter zu stärken. Der Einzug des EL-Beitrages wird am 19. Mai erfolgen.

Klaus Häßner

Erinnerung an die Befreiung des KZ Buchenwald Außenlager S III im Jonastal

Zum 76. Mal hat sich im April die Befreiung des KZ Ohrdruf und des Sonderkommandos S III im Jonastal gejährt. In diesem Jahr erfolgte die Gedenkveranstaltung coronabedingt in kleinerem Rahmen, aber nicht weniger würdevoll.

In einer sehr emotionalen Rede gedachte die Landrätin, Petra Enders, der Opfer, die an diesem "grausamen Ort" verhungert und erfroren sind, gequält oder ermordet wurden.
Petra berichtete von dem ukrainischen Häftling, der als Jugendlicher in diesem Lager eingekerkert war und dieses grausame Geschehen überlebt hat. Nach der Befreiung ist er zu Fuß in seine Heimat zurück gekehrt! Vor einigen Jahre war er auf Einladung der Landrätin wieder hier und berichtete am Denkmal im Jonastal und einigen anderen Veranstaltungen ber die schlimmen Erlebnisse in diesem Lager, die seine Jugend geprägt haben und ihn ein Leben lang verfolgen.

Eindringlich mahnte Petra an, dass diese Menschenfeindlichkeit und -verachtung des Faschismus sich nie wiederholen dürfen. Sie gab aber auch zu bedenken, dass bis heute diese Ideologie nicht ausgerottet ist, dass Populisten wieder Zulauf haben und sich der faschistischen Rhetorik bedienen. Deshalb dürfen wir nicht nachlassen in unserem Kampf für Demokratie, soziale Sicherheit und friedliches Zusammenleben aller Völker.

Georg Ribienski, Vorsitzender des Jonastalvereins erinnerte in seiner Gedenkrede daran, dass seit Oktober 1944 über 20.000 Menschen in diesen Lagern eingekerkert wurden und die Hälfte davon diese grausamen Bedingungen bei Hunger, Kälte und schwerster Arbeit nicht überlebt hat. Er sagte, es geht nicht um technische oder bauliche Fortschritte in dieser Zeit, sondern um das Schicksal der Menschen. Auch er berichtete, dass es immer noch Menschen gibt, die dieses menschenverachtende System gut finden und die Arbeit seines Vereins infrage stellen. So hat er erst kürzlich aufgrund eines solchen Schreibens an seinen Verein, in dem der Holocaust geleugnet wird und der Abriss der Denkmale gefordert wird, Anzeige bei der Polizei wegen Volksverhetzung gestellt.

Auch die weiteren Gastredner, so der Vertreter des Generalkonsulats der russischen Föderation in Leipzig und die Vertreterin des VVN/BdA stellten das Gedenken, das Erinnern und das Mahnen in ihren Reden in den Vordergrund.

Dr. Rita Bader

Gedanken zum 1.Mai, dem Tag der Arbeit

Der 1. Mai 2021 war der zweite Maifeiertag, der unter den Bedingungen der Corona-Pandemie stattfand oder auch nicht!

Wie war das doch? Heraus zum 1. Mai – aber bitte mit Sicherheitsabstand, Hygienekonzept und Masken.
Die Erinnerung an unsere Mai-Feiern, sei es in der Arnstädter Zimmerstr., am Pfarrhof oder im Arnstädter Ostviertel mit politischen Reden, aber auch geselligem Beisammensein mit Bratwurst, Bier und selbstgebackenem Kuchen erscheinen bereits wie aus einer anderen Welt. Irgendwie haben wir uns nach 14 Monaten an den Lockdown, das neudeutsche Wort für Ausnahmezustand, gewöhnt. Als würde das ganze Land in Schockstarre fallen. Fast täglich hören wir die Reden von Journalisten, Politik über Inzidenz und Lockerungen sowie neue Corona-Regeln, die sich ständig von Bundesland zu Bundesland, von Landkreis zu Landkreis unterscheiden. Man kann Kopfschmerzen davon bekommen, auch ohne Corona-Infektion. Dass Einzelhändler und Gastronomen schließen, aber große Handelsketten geöffnet bleiben, kann den Menschen kaum noch vermittelt werden.
Unverständlich ist, wieso die Menschen nach Mallorca fliegen können, aber Beschränkungen im eigenen Land - eine Reise an die Ostsee oder die Mecklenburger Seenplatte - unmöglich machen können, während Gewerbetreibende auf der Strecke bleiben und so manches Unternehmen wird mit der Corona-Krise verschwinden. Dies wird unweigerlich zu sozialen Spannungen führen. Waren es im vergangenen Jahr wohl 80 Milliarden Euro zusätzliche schuldenfinanzierte Ausgaben, sind es in diesem Jahr 240 Milliarden Euro. Wir wissen doch, dass es die „kleinen Leute“ sind, die am Ende die Zeche zahlen sollen. Einzelne „Experten“ diskutieren bereits über die weitere Erhöhung des Rentenalters.

Insofern ist der 1. Mai als Tag der Arbeit, als Tag der Gewerkschaften und des Kampfes der abhängig Beschäftigten, denen man am Ende die Zeche auferlegen möchte, wichtiger denn je.
Finden wir Wege zur Diskussion, zur Kommunikation als Genossen und versuchen wir, die Schockstarre zu überwinden!

Gerhard Pein

PDS
PDS
SOCIALCLUB
Heraus
zum
1. Mai
DIE LINKE.
Cuba
Libre

Gedenken am 8. Mai 2021 in Arnstadt

Wir helfen beim Impftermin!

Unter 03677 - 8918077 können Menschen aus dem Ilm-Kreis, die bisher über die Impf-Hotline der Kassenärztlichen Vereinigung keinen Erfolg hatten und die keinen Internetzugang für die Online-Terminvergabe haben unsere Unterstützung nutzen. Ihr könnt uns Montag bis Freitag von 10-18 Uhr erreichen.

Uns erreichten bereits einige Anrufe von Menschen, die über die Impf-Hotline bisher vergeblich versuchten einen Impftermin zu bekommen. Wir möchten deshalb unsere Unterstützung anbieten. Wir haben bereits einigen Personen erfolgreich helfen können. Wir wollen so besonders ältere Menschen ohne Internetzugang oder Familie oder Bekannte vor Ort die sie unterstützen können, unter die Arme greifen.

Das Gesundheitsministerium hat zudem mitgeteilt, dass am 10. März die überregionalen Impfzentren in Gera und Erfurt öffnen, in denen bis Ende März 60.000 Impfungen stattfinden können. Aktuell sind auch dort noch Termine verfügbar. Auch dabei wollen wir helfen, Termine zu vereinbaren.

Unabhängig von unserem Angebot ist die Terminvergabe über den direkten Weg möglich. Derzeit können Menschen über 70 Jahre sowie weitere anspruchsberechtigte Personen der Priorität 1, 2.1 und 2.2 Termine für Impfungen gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 erhal ten.

In Thüringen wurde die Kassenärztliche Vereinigung mit der Organisation der Impfungen beauftragt. Impftermine können online unter www.impfen-thueringen.de sowie über die Telefonnummer 03643 4950 490 vereinbart werden.

#THgegenCorona #ärmelhoch #impfung

Neues aus dem Landesvorstand

Der nächste Landesparteitag steht an und will gut vorbereitet werden. Nach zahlreichen Stunden in verschiedenen Arbeitsgruppen und Plenen haben wir in der Aprilsitzung des Landesvorstandes den Leitantrag für die 3. Tagung des 7. Landesparteitags beraten und beschlossen. Mit der Bildung einer zeitweiligen AG „Satzungsänderungen“ wollen wir an einigen Anträgen arbeiten, welche dann konform nach der Abstimmung auf dem Landesparteitag in der Landessatzung einfließen können. Dazu gehörten Punkte, wie beispielsweise die Einführung eines FLINTA-Plenums (Schutzraum zum Austausch für Frauen, Lesben, Inter-, Nicht-binäre- und A-Genderpersonen) zum queerfeministischen Austausch oder eine geschlechterquotierte Doppelspitze im Landesvorstand. Punkte, welche die Inhalte der aktuellen Diskurse innerhalb der Partei widerspiegeln und für eine fortschrittliche Ausrichtung des Landesverbandes stehen sollen. Auch die Bundestagswahl klopft langsam aber sicher an die Tür: im Landesvorstand beschlossen wir die Tagesordnung, Zeitplan, Geschäftsordnung und Wahlordnung der Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Bundestagsliste am 05.06.2021 in Seebach. Diese Versammlung ist als Präsenzveranstaltung geplant, wobei selbstverständlich ausreichend Zeit für die benötigten Corona-Selbsttests und Lüftungspausen zur sicheren Durchführung für alle Beteiligten eingeplant ist. Wir hoffen sehr, dass wir nach langer Zeit wieder die Genoss*innen in Seebach zusammenfinden lassen können und gemeinsam eine Landesliste zur Bundestagswahl wählen, welche kämpferisch und klar inhaltlich aufgestellt ist, um ein starkes Team nach Berlin entsenden zu können.

Nach der regulären Landesvorstandssitzung im April verabschiedeten wir uns diesmal nicht in ein wohlverdientes Wochenende, sondern kamen am nächsten Tag erneut zu einer ganztägigen Online-Klausurtagung statt. Hier wurden die Diskussionen zum Leitantrag des Landesparteitages zu Ende geführt und über weitere Inhalte des Frauenförderungsmaßnahmeplanes gesprochen, welcher Ende des Jahres auf dem Parteitag beschlossen werden soll. Auf diesem Parteitag wird auch ein neuer Landesvorstand gewählt – die Mehrzahl der aktuell gewählten Mitglieder wollen an ihre Wahlperiode anknüpfen und erneut kandidieren. Ein Thema, was dort direkt mitspielt ist die Diskussion über Personalentwicklung und Nachwuchsgewinnung – welche Möglichkeiten gibt es, Führungspersonen nachhaltig zu entwickeln und welche Verantwortung trägt welches Amt innerhalb der Partei? Dies waren Fragen, welche nicht abschließend beantwortet werden können und uns doch noch einige Zeit beschäftigen werden. Fakt ist: Dieses Jahr hält für uns viele Wahlen bereit und die Basis der Genoss*innen zeigt damit die Richtung der Partei für die nächsten Jahre auf.

Donata Vogtschmidt

Neues aus dem Landtag

Die Tagesordnung im Thüringer Landtag wird derzeit immer länger. Der Berg an Aufgaben wächst derzeit bis zur anvisierten Neuwahl im Herbst weiter an. Das bedeutet aber nicht, dass DIE LINKE Landtagsfraktion untätig ist. Im letzten Landtagsplenum konnten erneut einige wichtige Initiativen verabschiedet oder auf den Weg gebracht werden.
Ein Überblick:

Wichtige Etappe für Verfassungsreform genommen: Der Verfassungsausschuss im Thüringer Landtag hat nach intensiven Anhörungen und Verhandlungen ein Paket von Änderungen beschlossen. Die Verfassungsänderungen umfassen die Förderung des Ehrenamts, sowie die Verankerung der Inklusion, Nachhaltigkeit, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie der Konnexität. Doch dabei soll es nicht bleiben. Ausgehend von der Änderung sollen weitere Initiativen auf den Weg gebracht werden. Ein Ehrenamtsfördergesetz oder auch ein Demokratiefördergesetz sind zwei Beispiele dafür, dass mit der Änderung der Thüringer Verfassung die Arbeit nicht beendet ist.

Konsequenzen aus den Lobby-Skandalen der CDU ziehen: Das will die LINKE Landtagsfraktion und hat ihre Forderung nach einem umfassenden Lobbykontroll- und Eindämmungsgesetz bekräftigt. Thüringen braucht ein sowohl umfassendes als auch öffentlich zugängliches Lobbyregister. Denn es ist wichtig, dass es für alle nachvollziehbar ist, welche konkreten Kontakte - vor allem geschäftlicher und finanzieller Natur - Abgeordnete und Regierungsvertreter z. B. zur Wirtschaft haben.

Modernisierung der Thüringer Polizeiausbildung: Verabschiedet wurde ein rot-rot-grüner Antrag mit dem Ziel, bessere Ausbildungsbedingungen bei der Thüringer Polizei zu schaffen. Das soll durch die Vorziehung des Einstellungstermins, der Prüfung einer längeren Ausbildungsdauer zur Vermittlung der notwendigen Inhalte und einer Spezialisierung für künftige Kriminalpolizist*innen gelingen. Auch ein Pilotprojekt zur Supervision soll es geben, um zur besseren Krisen- und Konfliktbewältigung beizutragen.

Gemeindeneugliederungen weiter unterstützen: Im April hat der Innenausschuss den Beschluss zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen gefasst. Damit kann nun der Landtag darüber abstimmen. Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz werden Gemeindefusionen weiterhin finanziell unterstützt. Dazu gehören unter anderem eine Fusionsprämie von 200 Euro pro Einwohner*in sowie Entschuldungs- und Strukturbeihilfen.

Kritik an Regelungen zum Infektionsschutzgesetz: Mit dem beschlossenen Bundesinfektionsschutzgesetz, besser bekannt als „Notbremse“, ist die von der Thüringer Landespolitik lange erhobene Forderung nach Verbindlichkeit und Einheitlichkeit umgesetzt worden. Von den vorgeschlagenen Beschränkungen sind aber weiterhin vor allem der Einzelhandel sowie Bildungs-, Sport-, Kultur- und Freizeitangebote sowie die persönliche Lebensgestaltung betroffen. Dies sind vor allem Bereiche, die erhebliche soziale, psychische Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche haben, während Bereiche, in denen bei Beschränkungen allenfalls ein ökonomischer, mit Geld kompensierbarer Schaden entsteht, von den vorgeschlagenen Beschränkungen weitestgehend befreit bleiben. Dies verteilt die Lasten höchst einseitig, zugunsten wirtschaftlicher Profite und Verwertung.

Christian Schaft

Kandidatur für den Landtag

Liebe Genossinnen und Genossen,
ob der Thüringer Landtag in diesem Jahr wirklich aufgelöst wird steht nicht zu 100% fest. Doch feststeht, dass ich mich bei einer Neuwahl wieder mit aller Kraft und wieder gemeinsam mit euch in den Direktwahlkampf in unserem nördlichen Ilm-Kreis begeben möchte.
Ich möchte, dass unser Ilm-Kreis in Zukunft mit konkreter Arbeit bürgernah vertreten wird. Die Nähe zu Erfurt macht uns nicht sofort zu einem städtischen Kreis, doch mit dem Erfurter Kreuz haben wir eine wirtschaftlich starke Region vorzuweisen, welche sowohl die Vorzüge, als auch die Probleme des ländlichen Raumes beinhaltet. Und ich bin mir sicher: unsere Region kann noch mehr. Flächendeckende ärztliche Versorgung, Ausbau der Pflege und öffentlicher Nahverkehr, Förderung von Schulen und Kitas – dies sind nur einige Punkte, wie wir im ländlichen Raum langfristig allen Generationen gerecht werden und ein lebenswertes Klima mit Perspektive schaffen können.
Im Ilm-Kreis werden die bestehenden Gesteinsstrukturen derzeit für ein mögliches Atommüllendlager in Erwägung gezogen, auch weitere zahlreiche Regionen in ganz Deutschland werden auf die Gegebenheiten überprüft. Meine klare Maxime lautet: Kein Atommüllendlager im Ilm-Kreis! Die fatalen Folgen wären Gift für Mensch und Natur: drastischer Wertverlust von Grundstücken, Perspektivlosigkeit und Tourismussterben in der Region. Obwohl wir in Thüringen kein Atomkraftwerk haben, welches in der Vergangenheit Arbeitsplätze hätte bereitstellen können, ist ein Endlager möglich. Wir können dies mit einer unmissverständlichen Haltung verhindern und auf der Ebene von Politik und Zivilgesellschaft ein klares Zeichen setzen.
Seit 2019 bin ich im Landesvorstand von DIE LINKE Thüringen und ihr wisst sicherlich bereits, dass dort meine thematischen Schwerpunkte neben der Kommunal- und Umweltpolitik auch die Gleichstellung ist. Der Frauenförderungsmaßnahmeplan aus dem Linken Frauennetzwerk ist ein weiterer Schritt in die Richtung einer geschlechtergerechten Parteistruktur, doch gesamtgesellschaftlich ist die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts leider noch immer aktuell. Kurzarbeit, geringere Arbeitslöhne und befristete Arbeitsverträge bereiten besonders für Frauen und Mütter oft den Weg in die Altersarmut. Soziale Gerechtigkeit zahlt sich auch an dieser Stelle aus. Lasst uns als Partei den solidarischen und feministischen Anspruch unseres Handelns nach außen tragen, um Frauen noch mehr Perspektiven durch eine aktive Vorreiterrolle zu vermitteln.
Liebe Genossinnen und Genossen, unser Wahlkampf zur Landtagswahl 2019 hat gezeigt, dass wir zusammen viel erreichen können – das geht nur Hand in Hand, wie bereits damals ein tatkräftiges Wahlkampfteam und die überregionale Unterstützung aus Hessen und Berlin zeigte. Deshalb möchte ich auch in der anstehenden Wahl wieder einen Wahlkampf voller Einsatzbereitschaft gemeinsam mit euch führen – eine offene Begegnung und Mitmenschlichkeit stehen für mich an erster Stelle. Ich bitte daher bei den anstehenden Wahlen zur Kandidatur für den Thüringer Landtag um euer Vertrauen.
Ehrliche Politik mit den Menschen: Packen wir es gemeinsam an!

Donata Vogtschmidt

Donata Vogtschmidt

Gemeinsam mit euch anpacken. Thüringen gestalten. Sozial und ökologisch!

Liebe Genoss*innen,
voraussichtlich wird sich der Landtag vor der Sommerpause auflösen. Damit stehen uns neben der Bundestagswahl auch Landtagswahlen ins Haus. Ich möchte erneut im Wahlkreis 22, also im südlichen Ilm-Kreis als Direktkandidat für DIE LINKE antreten und mit euch diesen Wahlkampf rocken für eine starke LINKE im Thüringer Landtag. Lasst uns den Platz als stärkste Partei in diesem Land verteidigen!
Seit Ende 2019 bin ich nun bereits im Ilm-Kreis und auch im Kreisverband aktiv. Mein Wechsel von Erfurt nach Ilmenau in euren Kreisverband ist mir leichtgefallen. Denn ihr habt mich und mein Team im neuen offenen Jugend- und Wahlkreisbüro ZinXX herzlich empfangen.

Christian „Schafti" Schaft

Leider konnten wir mit unserem Konzept des offenen Jugendbüros pandemiebedingt nicht richtig durchstarten. Das ZinXX, dass nach dem Ilmenauer Widerstandskämpfer Karl Zink benannt wurde, will viel mehr sein als ein klassisches Wahlkreisbüro.
Wir wollen ein Nachbar*innen- und Genoss*innenschaftsladen, Anlaufpunkt für unterschiedliche Gruppen und Initiativen, Raum für Bündnisarbeit, Copyshop, Büchertauschbörse, Foodsharingprojekt, Vereinsberatungsstelle, Transpilager, Veranstaltungsort, Flyerablage, Internetcafe, Versammlungsraum, Ideenwerkstatt, politischer Stammtisch und vieles mehr sein und werden. Ich hoffe, dass wir das Büro bald mit Leben füllen können.
Doch untätig waren wir nicht. Ich konnte viele kommunale und regionale Vereine, Initiativen und Projekte kennenlernen. Mit Veranstaltungen zur Pflegepolitik, zum Frauenkampftag, einer Wahlkreisradtour mit dem Rad und der Unterstützung bei Gedenkveranstaltungen haben wir vor Ort gezeigt, dass DIE LINKE aktiv ist. Kein Projekt, kein Anliegen ist uns zu klein oder zu groß. Von dem Wunsch der Eltern vor der Kita in Neustadt, über die Befüllung des Brandenburger Teichs bis hin zur Entwicklung des Erfurter Kreuzes: Wo Unterstützung notwendig ist, versuche ich mir vor Ort ein Bild zu machen und zu unterstützen, wo ich es kann.
Denn aus meinem Werdegang kann ich sagen, ich kenne das Dorf, die Kleinstadt, die Landeshauptstadt: Die Voraussetzungen sind unterschiedlich, die Herausforderungen ähnlich. Was wir brauchen ist ein sozialer und ökologischer Aufbruch. Gestaltet werden muss er gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Ich trete auch bei der kommenden Landtagswahl wieder an, weil ich den Menschen Mut machen will, sich einzumischen. Ich will der Lautsprecher für die Menschen sein, die keine finanzkräftige Lobby haben, um gehört zu werden.
Die Region rund um Ilmenau hat als Wirtschafts-, Tourismus- & Wissenschaftsstandort viel zu bieten. Jedoch können nicht alle gleichermaßen am Erfolg teilhaben. Ich will mich dafür stark machen, dass Menschen nicht abgehängt werden. In dem alle gemeinsam aufwachsen, zusammenleben, alt werden können. Ich will eine soziale & ökologische Gestaltung der regionalen Wirtschaft. Eine chancengerechte Bildungslandschaft von der Kita bis zur Ausbildung & Hochschule. Eine nachhaltige Mobilitäts- und Verkehrsinfrastruktur mit kostenfreiem ÖPNV. Will eine Gesundheitsinfrastruktur, Nahversorgung und Landwirtschaft, die nicht dem Markt überlassen werden. Mit einer starken öffentlichen Hand können wir das sozial & ökologisch anpacken, statt auf den Wandel zu warten. Alle die sich dafür einsetzen wollen, lade ich ein, gemeinsam mit mir dafür zu streiten!
Deshalb werbe ich um euer Vertrauen als Kandidat im südlichen Ilm-Kreis und freue mich auf eure Unterstützung und den Wahlkampf mit euch, für eine starke LINKE!
Solidarische Grüße

Christian bzw. Schafti

Cornelia Wanderer: Bewerbung als Direktkandidatin

Menschen eine Alternative im Leben und in der Politik anzubieten, ist ein Hauptbeweggrund für meine Bewerbung auf der Liste der Thüringer Linken für den 20. Deutschen Bundestag zu kandidieren und als Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 192 – Gotha/Ilm-Kreis für unsere Partei, anzutreten.
Ich bin derzeit arbeitslos.
Ein Vorwurf, der von vielen Menschen kommt, " da ist doch niemand der meine Interessen vertritt, der meine Sorgen versteht". Auch diese Argumentation, ein weiterer Grund für mich, anzutreten.
Zu meinen politischen Schwerpunkten gehören :

- gute Arbeit, gute Renten und soziale Sicherheit statt Hartz IV, Armut und Schikane,
- eine solidarische Gesundheitsversicherung , in die alle einzahlen und mehr Personal für Pflege und Gesundheit,
- bezahlbare Mieten, Zugang zu Bildung
- Friedenpolitische Maßnahmen als Grundlage für eine gerechte Welt und Integration durch eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, in der Menschenrechte vor Profitinteressen stehen,
- eine demokratische und gerechte Welt, die Frieden schafft und Fluchtursachen bekämpft,
- eine Zukunft und eine gerechtere Gesellschaft, für die es sich lohnt, zu leben.

Gerade in der CORONA- Zeit mussten wir erleben, wie Menschen nicht nur Angehörige verloren haben, sondern auch den Mut und die Freude am Leben. Arbeitslose, Soloselbstständige, viele Menschen aus den sogenannten Mittelstand, Kurzarbeiter, Alleinstehende und Menschen mit geringen Einkommen , denen es schon vor CORONA finanziell nicht gut ging, gehören zu den Verlierern der Krise und in der Gesellschaft.
Dem gegenüber stehen Konzerne, die sich an den Folgen von CORONA dumm und dämlich verdienen. Ich denke dabei z.B. an AMAZON und Otto, aber auch Konzerne der Pharmaindustrie und nicht zuletzt an korrupte Politiker.
Das wäre ein Traum, wenn wir dies ändern könnten, nur mit der LINKEN machbar.
Arbeitnehmerrechte wieder mehr stärken, Mitbestimmung und Demokratie für alle erlebbar machen. Rentnern eine gerechte Rente zu gewähren, für die sie hart gearbeitet haben, Schwächeren helfen, ihren Alltag - auch allein - oder mit Hilfe, zu bewältigen. Beratungsmöglichkeiten kostenfrei zur Verfügung stellen, die Mobilität von Menschen zu ermöglichen, in Bildung und Schule zu investieren, alle mitnehmen, keinen zurücklassen.
Klingt sozialistisch? Ja, es sind teilweise meine Lebenserfahrungen und Vorstellungen einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft.
Nicht machbar? Doch ! Mit einer linken Beteiligung , mit linken Ideen und mit klugen Köpfen, mit gerechter Verteilung und Einbeziehung vieler.
So stell ich mir gerechte Politik vor, dafür trete ich an!

Cornelia Wanderer - Versichertenberaterin der DRV Bund

Helfer vor Ort und in der Nachbarschaft

Bereits in der 3. Wahlperiode bin ich ehrenamtlich als Beraterin der DRV vor Ort unterwegs.
Auch in der CORONA- Zeit werden Anträge zur Altersrente , Erwerbsminderungsrente und Hinterbliebenenrente mit meiner Hilfe erstellt - teils telefonisch, teils persönlich, aber immer mit einer vorherigen Terminvereinbarung: **0179-5237048**

Als Versichertenberaterin der Deutschen Rentenversicherung Bund biete ich Euch kompetente und kostenlose Beratung und bin Teil der gewählten Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung Bund.
Ich freue mich, wenn ich Euch helfen darf !

Kurzvita Cornelia Wanderer

geboren am: 14.09. 1962 in Weimar, verheiratet, einen 35 jährigen Sohn

Schulbildung/ Studium/ Berufsabschlüsse:

- 10. Klasse Abschluss der POS in Erfurt
- Facharbeiterabschluss als Friseurin
- Befähigungsnachweis als Leiterin des Büros für Neuererwesen
- Abschluss als Steuerfachangestellte
- Studium an der „Akademie der Arbeit“ in der Universität Frankfurt am Main

Politische Biografie:

2007 -	Mitglied DIE LINKE
1996 -	Mitglied IG Metall
1985 - 1986	Jahreslehrgang an der Bezirksparteischule in Erfurt
1980 - 1990	Mitglied der SED
1979 - 1990	Mitglied des FDGB
1978 - 1990	Mitglied der FDJ und in der DSF

Ehrenamtliche Funktionen :

seit 2012	Rentenberaterin der DRV Bund
seit 2011	Mitglied der Delegiertenversammlung der IG Metall Suhl
seit 2009	Mitglied der Bundesfinanzrevisionskommission DIE LINKE
seit 2013	Vorsitzende der Landesfinanzrevisionskommission DIE LINKE Thüringen
seit 2007	Mitglied der Landesfinanzrevisionskommission DIE LINKE Thüringen
seit 2004	ehrenamtliche Richterin beim Sozialgericht Gotha

Was war die DDR? - Das war die DDR!

In letzter Zeit fand eine Reihe von Produktionen über das Leben in der ehemaligen DDR ihre Aufführung im Fernsehen. Verwirrend die Interpretationen, überraschend die Vergleiche mit bundesdeutschem Leben, aber immer gleich in der Zielrichtung, den Staat DDR zu diskreditieren, das Leben in ihr zu verzerren, zu entstellen und vor keiner Lüge zurück zu schrecken. Anlass für den Autor sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen und in der Zukunft das Leben in dem anderen deutschen Land aus seiner Sicht darzustellen. In diesem 1. Artikel widmen wir uns der Frage nach dem Hintergrund dieser Geschichtsklitterung.

„Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge“

(Brecht- die Verurteilung des Lukullus)

Nichts erhellt die Situation der Geschichtsschreibung mehr, als die Umdeutung der Ursachen des Zweiten Weltkrieges durch das Europaparlament am 2. April 2009, als es das Dokument „Europas Gewissen und der Totalitarismus“ verabschiedete. In diesem Schriftstück, das den 23. August 1939 als den Tag, welcher für den Beginn des Zweiten Weltkrieges maßgeblich war, benannte. Der Tag, der den Abschluss des Abkommens zwischen der UdSSR und Hitlerdeutschland sah und den es als teuflische Ausgeburt zweier totalitärer Systeme beschrieb. Diese Tatsache zeigt uns deutlich, die Auslegung der Geschichte ist keine exakte Wissenschaft, die sich Methoden bedient, die eine objektive Deutung, soll heißen unabhängig vom Denken und Wollen der Betrachtenden, ermöglicht. Über die exakte Messung, die vom Menschen unabhängige Kontrolle ermöglicht, verfügt sie nicht. Sie ist im starken Maße der subjektiven Darstellung unterworfen. Wie schrieb Bert Brecht in „Die Verurteilung des Lukullus“: „Immer doch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge.“ So wird das Bild der Geschichte als Herrschaftsinstrument missbraucht. Wer die Deutungshoheit in der Geschichtsschreibung und –erzählung erobert, wer das Geschichtsbild prägt, beherrscht und manipuliert Menschen leichter, kann sie für seine Ziele verwenden. In dem Maße, wie der Kapitalismus zunehmend seine Reputation verliert, in dem er zunehmend seine Versprechen nach Wohlstand und dem Glück der kleinen Leute nicht einhalten kann, in dem Maße, in dem sein tatsächliches Wesen unverhüllt zu Tage tritt, muss er, will er seinen Bestand erhalten, auch alle Alternativen zu Unmöglichkeiten machen und diskreditieren. So lässt sich das Wüten gegen jedwede nichtkapitalistische Gesellschaft, besonders einer sozialistischen erklären. Alles umzudeuten, was einstmals bestand, ist das fortgesetzte Bestreben in allen Medien, die dem Herrschaftssystem zur Verfügung stehen. Dazu eignet sich bevorzugt die Gesellschaft der ehemaligen DDR. Man kann glauben, hätte es sie nicht gegeben, müsste sie eigens erfunden werden. Nach Horst Schneider [(1)] sind es mehr als 1200 Forschungsprojekte, 250 Archive und Bibliotheken, 150 Institute für politische Bildung, 65 Gedenkstätten und Museen, 20 Fachzeitschriften, nicht gerechnet die Fernsehdokumentationen, Filme, Schulbücher und Verlage, die sich mit der „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte beschäftigen. Es ist hier nicht möglich, den Vergleich zur Aufarbeitung der Geschichte Hitlerdeutschlands zu ziehen, aber es steht zu vermuten, nicht ein Zehntel des Aufwandes wurde dabei betrieben. Im Gegenteil - Täter des faschistischen Regimes fanden ihren geachteten Platz in der Gesellschaft der damaligen BRD. Wenn sich dieser Problematik auch ein späterer Artikel widmen muss, so einige Beispiele: Der Arzt Hans Joachim Sewering seit November 1933 Mitglied der Reiter-SS und seit August 1934 Mitglied der NSDAP, arbeitete von 1942 an als Assistenzarzt in einer Tuberkuloseanstalt in Schönbrunn bei Dachau, wo er sich auch um ein örtliches Behindertenheim zu kümmern hatte. Von dort überwies er nach den Forschungen des Medizinhistorikers Gerrit Hohendorf neun Personen in die Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar, wo fünf von ihnen getötet wurden.
Zu Sewerings 80. Geburtstag, wurde er im Deutschen Ärzteblatt umfangreich gewürdigt, ohne dass sein Verhalten in der NS-Zeit Erwähnung fand. 2008 verlieh der Bund deutscher Internisten (BDI) dem mittlerweile 92-jährigen Sewering mit der Günther-Budelmann-Medaille seine höchste Auszeichnung. Sewering erhielt sie „für seine Verdienste um die berufliche Unabhängigkeit und Freiberuflichkeit des Arztes. Jeder Fahrer des MfS in der DDR wurde an den Pranger gestellt. Soldaten des Wachregimentes, die dort eingezogen, wurden als Lehrer entlassen, viele, viele Naziverbrecher, an deren Händen Blut klebte wurden verschont.
Hochstehende Politiker, wie Bundeskanzler Dr. Adenauer und Strauß, reihen sich ein in die Formation der Verteidiger der faschistischen Verbrecher. Adenauer schrieb im Oktober 1955 an den FDP-Abgeordneten General a.D. von Manteuffel, der sich, wie seine Fraktionskollegen, für die Angehörigen der SS-Verbände einsetzte:
"Ich weiß schon längst, dass die Soldaten der Waffen-SS anständige Leute waren. Aber solange wir nicht die Souveränität besitzen, geben die Sieger in dieser Frage allein den Ausschlag, so dass wir keine Handhabe besitzen, eine Rehabilitierung zu verlangen... Machen Sie einmal den Leuten deutlich, dass die Waffen-SS keine Juden erschossen hat, sondern als hervorragende Soldaten von den Sowjets gefürchtet war..."
Und Strauß in einem Artikel in der Zeitschrift "Der Freiwillige – Kameradschaftsblatt der HIAG (SS-Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit)", Osnabrück, April 1959: „Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzt gewesenen Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen."

Jeden Linken, der sich aufmacht die Ereignisse, die Gesellschaft und Geschichte der DDR zu werten, zumal in der Öffentlichkeit, tut gut daran, sich der Art und Weise, wie Marx mit den Erfahrungen der Pariser Kommune umging zu erinnern. Ihr anfänglich ablehnend gegenüberstehend verwandelte er sich zum solidarischen Anhänger und Analysator. Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Er betrachtete diesen Versuch als gigantisches Experimentierfeld, leitete ab und entwickelte Schlussfolgerungen. Nur, und das ist bedeutsam, er tat es immer aus der Sicht des Proletariats, soll heißen mit proletarischen Klassen-Standpunkt. Dies und nur dies macht es uns so wertvoll, gehen wir an die Betrachtung des Sozialismusversuches DDR. Viele, die sich in der Öffentlichkeit an einer Wertung des Vergangenen versuchen, machen sich zum Maul der Bourgeoisie. Sie lassen die Differenzierung vermissen, von dialektischer Sicht ganz zu schweigen, sie folgen dem vorgeschriebenen Bild, dem herrschenden eben. Es genügt wohl nicht eine kleine rote Marx- Statuette auf die Bühne eines Parteitages zu stellen, lobenswerter wäre seine Methode anzuwenden. Wenn von der SED Diktatur gesprochen wird, vom Unrechtstaat DDR, und das auch in linken Reihen, wie weit ist es dann noch bis zur Äußerung von Gauck in der Luzerner Zeitung: „In Ostdeutschland herrschte insgesamt 56 Jahre Diktatur und Fremdbestimmung. .... Die Ostdeutschen haben über Jahrzehnte unter einer Diktatur gelebt, nicht nur zwölf Jahre wie die Westdeutschen.“ [(2)]

Deshalb ist es auch falsch, wenn der von mir verehrte und sich an anderer Stelle sich gänzlich anders äußernde Schriftsteller Stefan Heym anlässlich des Wahlsieges der Allianz für Deutschland 1990 von der DDR als Fußnote in der Geschichte spricht. Nein, das war sie nicht. Sie war ein Versuch, der umfangreicher und tiefer Analyse bedarf. Sie war eine Seite in der deutschen und internationalen Geschichte, die uns lehrreiches offenbaren kann.

Der Schriftsteller Weyrauch bezichtigte Brecht in der Stuttgarter Zeitschrift „Die Literatur" einer opportunistisch Haltung der DDR Regierung gegenüber und fragte: „Wusste ihre linke Hand nicht, was die rechte Hand tat? Wussten ihre schreibenden Hände nicht, was ihr Kopf dachte? Sind Sie schizophren geworden Bertold Brecht?" Der antwortete: „Alle Fragen sind im Grunde eine einzige, ob ich bestochen bin..... Ich habe meine Meinung nicht weil ich hier bin, sondern ich bin hier, weil ich meine Meinung habe." Diese Klarheit wünschte ich Manchem aus unserer Partei, bezöge er Stellung zur ehemaligen DDR. Jedoch dem ist nicht so. Es wird auch in der Linken von SED Diktatur, Unrechtsstaat, Zwangsvereinigung und fehlender Demokratie fabuliert, ohne die Dinge einer differenzierten Betrachtung zu unterziehen. Teile der Führungsspitze der Linken in Thüringen haben um regieren zu können diese Position bezogen. Es gab Zeiten, da ich den Preis dafür nicht für zu hoch hielt. Mittlerweile denke ich anders. Es geht nicht um Wähler, die mit solcherlei Ansichten überzeugt werden sollen, es geht nicht um sogenannte „Ostalgie", es geht nicht um den Koalitionspartner, der da, wie die Grünen schreibt:
„Deshalb engagieren wir uns für die Aufarbeitung von DDR-Unrecht, in dem wir uns beispielsweise für eine Rehabilitierung von Opfern der SED-Diktatur in der DDR einsetzen, ebenso wie wir uns für eine stärkere Berücksichtigung von Zwangsausgesiedelten im SED-Unrechtsbereinigungsgesetz stark machen. Wir wollen zudem eine vielfältige und starke Aufarbeitungslandschaft und streiten daher für eine Aufrechterhaltung der drei BStU-Außenstellen in Thüringen. Eine lebendige Erinnerungskultur gehört für uns ebenfalls dazu. So haben wir den 17. Juni als gesetzlichen Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts verankert."
Es geht schlicht und einfach um uns, um die Partei, DIE LINKE, es geht darum ob wir in der Lage sind wissenschaftlich, marxistisch mit einem Erbe, oder Experiment umzugehen, ob wir daraus lernen wollen oder es verteufeln, ob wir es nutzen können, um unsere Vorstellungen von einer anderen, sozialistischen Gesellschaft umsetzen können. Es geht darum, ob wir verstehen, dass die DDR ein Schatz von Erfahrungen darstellt, den es zu hüten, zu heben und zu entschlüsseln gilt. Schauen wir nur kurzsichtig auf die Vergangenheit fehlt uns die Weitsicht für die Bewältigung der Gegenwart. Betrachten wir die untergegangene DDR als ein Kind in dem viele Hoffnungen und Möglichkeiten lagen und sehen wir diese, um zu fragen, warum sie sich nicht erfüllten und was zu tun gewesen wäre für Künftiges, um sie zu erfüllen, oder ist sie uns ein Wechselbalg, verabscheuenswert? Wollen wir, dass die künftigen Generationen ein Bild bekommen, wie in der Sendung „Tivi" des ZDF dargestellt?

„Zum Beispiel konnten die Menschen in der DDR nicht unterschiedliche Parteien wählen. Es gab nur eine einzige Partei, und die hatte das Sagen im Land: die Sozialistische Einheitspartei, SED. Die SED bestimmte so gut wie alles und kontrollierte die Menschen. Sie schrieb ihnen genau vor, wie sie zu leben hatten. Die Menschen in der DDR hatten oft nicht die Wahl - weder in der Politik noch im Supermarkt.
Wer in der DDR lebte, durfte nicht in alle Länder reisen, zum Beispiel nicht in die Bundesrepublik. Die Regierung, also die SED, bestimmte, in welche Länder sie reisen durften. Sie schrieb den Menschen auch vor, wer welchen Beruf lernen durfte und bestimmte, was und wie viel in den Fabriken in der DDR hergestellt wurde.
Das führte dazu, dass es von manchen Dingen in der DDR sehr viel gab und von anderen gar nichts oder kaum etwas. Außerdem gab es bei vielen Produkten keine Auswahl: In den Supermarktregalen gab es deshalb oft nur eine Sorte Knäckebrot, Kaffee oder Putzmittel. Und wer ein Auto kaufen wollte, musste oft lange Zeit darauf warten.
Viele Menschen in der DDR waren mit all diesen Regeln der Regierung nicht einverstanden. Das zu sagen, wäre allerdings sehr gefährlich gewesen. Denn wenn die Regierung mitbekam, dass jemand schlecht über sie sprach, hat sie diese Menschen dafür bestraft und zum Beispiel ins Gefängnis gesteckt.
Um Menschen zu finden, die die Regierung schlecht fanden, ließ die Regierung die Bürger überwachen. Es gab in der DDR das Ministerium für Staatssicherheit, die Stasi. Die Stasi war eine Art Geheimpolizei und ihre Mitarbeiter waren Spione. Diese Spione öffneten zum Beispiel Briefe oder lauschten bei Telefongesprächen mit. So sollten sie Menschen finden, die die Regierung nicht gut fanden oder vielleicht sogar vorhatten, aus der DDR abzuhauen."

Oder neigen wir der Meinung von Angela Merkel zu- ja dies tun Teile der linken Thüringens - die in ihrer Rede anlässlich des Gedenktages zum 17. Juni 1953 verkündete: „Die DDR war eine Diktatur. Da gibt es gar nichts zu diskutieren. Ich habe mich deshalb sehr über Herrn Höppner geärgert, der unentwegt den Menschen weiß machen wollte, dass die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei. Sie war ein Unrechtsstaat." Und dort gab sie auch die Marschrichtung vor, wie das Geschichtsbild zu formen sei:
„Wir müssen also, um das System der DDR in seiner ganzen Härte verstehen zu können, die Erinnerung an die fünfziger und den Anfang der sechziger Jahre wach halten. ....
Es ist unsäglich, und wir dürfen das niemals unwidersprochen lassen, wenn die PDS oder Teile der Sozialdemokratie, die mit der PDS zusammenarbeiten, die Hoheit über die geschichtliche Interpretation der DDR bekommen wollen. Dagegen muss angegangen werden." [4]
Das ist die Position der in der BRD herrschenden Kreise. Was aber ist die Position der Partei DIE LINKE? Sie ist undeutlich und unklar. Hier klare Worte zu finden wäre von Nöten.

(1) Horst Schneider. Über die Produktion falscher Geschichtsbilder und die Notwendigkeit, sie zurückzuweisen. RF Beilage
(2) Luzerner Zeitung Interview von Joachim Gauck: «Man kann gleichzeitig konservativ und fortschrittlich sein»
(3) https://www.zdf.de/kinder/logo/was-ist-die-stasi-100.html
(4) Rede von Frau Bundesministerin a.D. Dr. Angela Merkel MdB, Vorsitzende der CDU-Deutschlands beim „Wendgräbener Gespräch anlässlich des Gedenktages 17. Juni 1953" am 13. Juni 2002 im Bildungszentrum der KAS Schloss Wendgräben.

Karl-Heinz Mitzschke

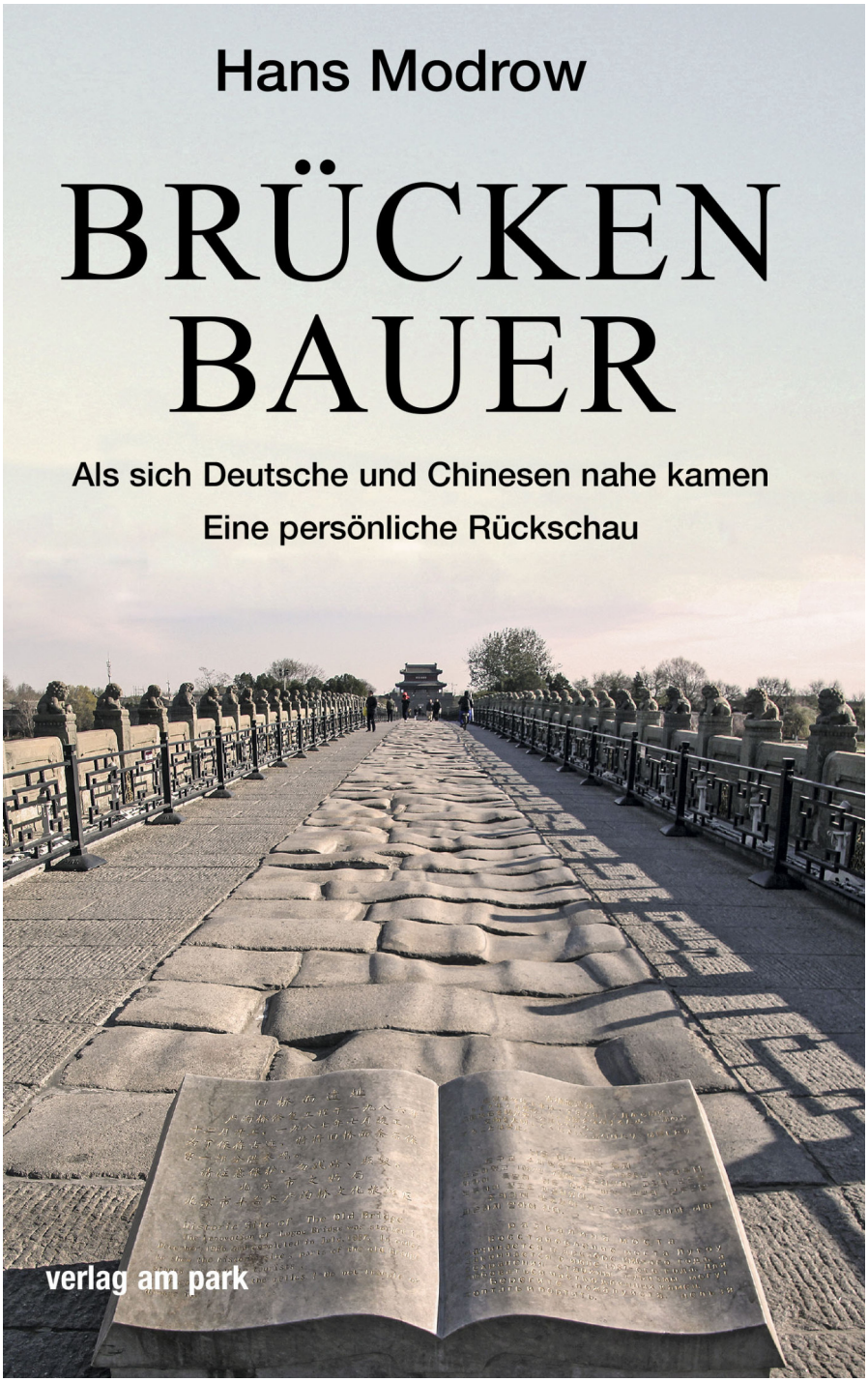
Hans Modrow:

Brückenbauer

Als sich Deutsche und Chinesen nahe kamen.

Eine persönliche Rückschau

Im Oktober 1949 konstituierte sich in Europa die DDR und in Asien die Volksrepublik China. Die DDR ging nach 41 Jahren unter, China ist inzwischen die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Zum ersten Mal besuchte Hans Modrow 1959 die Volksrepublik, seitdem war er immer wieder dort. Stets in politischer Mission und in unterschiedlichen Funktionen: als Abgeordneter der Volkskammer, des Bundestages, als Vorsitzender des Ältestenrates der PDS und der Partei Die Linke. Im Lichte persönlicher Erfahrungen reflektiert er in diesem Buch die Beziehungen zwischen beiden Völkern, wie sie sich entwickelten und warum sie in ökonomischer und ökologischer Hinsicht so wichtig und so intensiv sind. Die Volksrepublik China beging 2019 ihren 70. Geburtstag, die DDR war da bereits seit fast dreißig Jahren Geschichte. Der Sozialismus chinesischer Prägung erwies sich nicht nur lebensfähiger als das sowjetische Sozialismus-Modell. Dank seiner Innovationskraft sowohl in politischer wie auch in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht, aber auch wegen einer selbstbewussten und klaren Führung behauptet sich das Land auf der Weltbühne. Im Unterschied zu anderen Staaten geht es Peking, wie Modrow bei seinen vielen Kontakten feststellte, nicht um Hegemonie über andere Staaten, sondern um Harmonie. Das Selbstverständnis der Chinesen wurzelt in einer Jahrtausende alten Kultur, die insbesondere in den letzten Jahren von der Welt intensiv lernte. Modrow berichtet unter anderem, welche Rolle Deutschland und die DDR dabei spielten. Ein exklusiver Politik- und Geschichtsexkurs!



234 Seiten, illustriert, broschiert ISBN 978-3-947094-87-5 15,00 Euro Zu bestellen in jeder Buchhandlung oder über den Verlag: verlag@edition-ost.berlin

Impressum

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Jochen Traut, Thomas Schneider verantwortlich.
Anschrift der Redaktion:
DIE LINKE Arnstadt, Erfurter Straße 29. Tel. 03628 602795 oder 03628 539288. e-mail: schneider.arnstadt@gmail.com
Die nächste Ausgabe des „Linken Echo" erscheint ca. am 06. 06. 2021. Auch im Netz unter: http: // www.die-linke-iIm-Kreis.de

Termine im Mai

3. Mai	18:30 Uhr	Stadtvorstand
4. Mai	17:00 Uhr	Onlinebasiskonferenz zum Landtagswahlprogramm
5. Mai	9:00 Uhr	Geschäftsführender Kreisvorstand; Telefonkonferenz
7. Mai	17:00 Uhr	Onlinebasiskonferenz zum Bundestagswahlprogramm
8. Mai	10 Uhr	Ehrung Tag der Befreiung; Arnstadt Friedhof
10. Mai	10 Uhr	Kreismitgliederversammlung: Festhalle Ilmenau (Parkcafé), 98693 ILMENAU, Naumannstr. 22
12. Mai	16:00 - 18:00 Uhr	DIE LINKE. Thüringen Auftakt Pflegetour Auftakt unserer Pflegetour mit Gesundheitsministerin Heike Werner; Erfurt, Anger
17. Mai	15:00 Uhr	Stadtratsfraktion Arnstadt; Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE.
17. Mai	18:00 Uhr	Kreistagsfraktion Hotel „Am Wald“ Elgersburg
19. Mai	16:30 Uhr	Kreiswahlbüro; Telefonkonferenz
19. Mai	18:00 Uhr	Kreisvorstand; Telefonkonferenz
19. Mai	14:00 Uhr	Kreistag Hybridsitzung
29. Mai	10:00 Uhr	ND-Pressefest, virtuell
3. Juni	16:00 Uhr	Stadtratssitzung Arnstadt; Stadthalle
5. Juni	09:00 Uhr	DIE LINKE. Thüringen Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für den 20. Deutschen Bundestag; Seebach, Klubhaus Seebach

Einladung zur Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen, im Auftrag des Kreisvorstandes lade ich Euch zur Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE. Ilm-Kreis

am Montag, dem 10. Mai 2021, 18.00 Uhr,
in die Festhalle Ilmenau (Parkcafé), 98693 ILMENAU, Naumannstr. 22
recht herzlich ein.

Vorschlag für die Tagesordnung:

- Begrüßung und Konstituierung.
- Wahl der Vertreter des Kreisverbandes zur Vertreterversammlung des Bundestagswahlkreises 192 Gotha/Ilm-Kreis zur Wahl eines/r Direktkandidaten/-in für die Bundestagswahl 2021.
- Wahl der Vertreter des Kreisverbandes zur Vertreterversammlung des Landesverbandes zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl 2021.
- Wahl der Vertreter des Kreisverbandes zur Vertreterversammlung des Landesverbandes zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2021.
- Zwischen den Wahlgängen: Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen.

A. Hofmann-Domke, Kreisvorsitzende

Bewerbungen für die Wahl als Vertreter zur Wahlkreisvertreterversammlung des Bundestagswahlkreises Gotha/Ilmkreis (Termin im Mai), sowie als Vertreter für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl (07./08.08.) und für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl (05.06.) können ab sofort beim Kreisvorstand unter 03628/602795 oder per Mail an rgeschaeftsststelle@die-linke-ilmkreis.de eingereicht werden. Eine Bewerbung ist auch auf der Mitgliederversammlung selbst noch möglich.